

Slowakei

Umfangreiches Reformpaket

Während in Deutschland eine Neuausrichtung etwa der Sozialsysteme allenfalls mühsam vorankommt, haben andere Länder längst Nägel mit Köpfen gemacht. Ein Paradebeispiel hierfür ist die Slowakei, wo die Mitte-rechts-Koalition in den Jahren 2003/2004 ein umfassendes Reformpaket verabschiedet hat. Zu dessen wichtigsten Inhalten gehört eine Reform der Sozialhilfe, die weit ehrgeiziger ist als z.B. Hartz IV. Die Möglichkeit, von Sozialhilfe zu leben ohne zu arbeiten, wurde faktisch beseitigt und der Regelsatz um die Hälfte gekürzt. Erwerbsfähige erhalten die volle Unterstützung nur noch, wenn sie Arbeit suchen, an einer Trainingsmaßnahme teilnehmen oder eine gemeinnützige Beschäftigung akzeptieren.

Gründlich umgestaltet haben die Slowaken unter anderem auch ihr Steuersystem. Für alle Steuerarten wurde eine Flatrate von 19 Prozent eingeführt. Die meisten Ausnahmetatbestände fielen weg, und in der Einkommenssteuer wurde der Grundfreibetrag erheblich erhöht. Im Bereich des Arbeitsmarkts setzte die Regierung Änderungen beim Kranken- und Arbeitslosengeld durch, liberalisierte das Arbeitsrecht, reformierte die Arbeitsverwaltung und startete eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Der Erfolg: Auf einer Skala von 0 bis 6 verringerte sich die Regulierungsdichte laut OECD von 2,5 Ende der neunziger Jahre auf 2,0 im Jahr 2003. In Deutschland verbesserte sich dieser Indikator lediglich von 2,6 auf 2,5.

Waltraut Peter: Die arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Reformen in der Slowakischen Republik, in: IW-Trends 2/2006

Gesprächspartner im IW: **Waltraut Peter, Telefon: 0221 4981-772**

Slowakei

Kleines Land und großes Vorbild

Manch ein neuer EU-Staat hat den alten bereits gezeigt, was eine Reformharke ist. So auch die Slowakische Republik. Der Karpatenstaat hat ein Paket aus weitgehenden Steuer-, Arbeits- und Sozialreformen durchgesetzt, und das trotz erheblicher Widerstände.*)

Die Slowakei ist mit ihren 5,4 Millionen Einwohnern noch nicht einmal so groß wie London, aber der kleine mitteleuropäische Staat hat es in sich. Zunächst gestalteten sich der Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft und der Aufbau eines demokratischen Staatswesens wegen massiver Widerstände der alten Machtcliquen sehr zäh, und das Land dümpelte wirtschaftlich mehr schlecht als recht dahin. Im Wahljahr 2002 schließlich betrug das Staatsdefizit 7,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, die Arbeitslosigkeit lag bei fast 19 Prozent (Grafik). Jeder dritte Arbeitslose war langzeitarbeitslos, fast jeder vierte Slowake lebte von staatlicher Unterstützung.

Die 2002 gebildete Mitte-rechts-Koalition war deshalb zum Handeln gezwungen und peitschte in zwei Jahren ein umfassendes Reformpaket durch. Die wichtigsten Bausteine:

Steuern. Für alle Steuerarten wurde eine Flatrate von 19 Prozent eingeführt. Bis dahin betrug der Standardsatz der Mehrwertsteuer 20 Prozent und der ermäßigte Satz 14 Prozent. Die Einkommenssteuer stieg in fünf Stufen von 10 auf 38 Prozent; der Unternehmenssteuersatz betrug zuvor 25 Prozent. Mit der Reform wurde auch der Grundfreibetrag in der Einkommenssteuer erheblich erhöht und für alle Steuerarten die meisten Ausnahmetatbestände gestrichen. An Stelle des Kinderfreibetrags gibt es nun eine er-

werbsabhängige Steuergutschrift in Höhe von etwa 124 Euro pro Jahr und Kind.

Rente. Hohe Arbeitslosigkeit, verbreitete Beitragsflucht und Strukturprobleme hatten die gesetzliche Rentenversicherung trotz steigender Geburtenrate und niedriger Lebenserwartung schon 1997 ins Defizit getrieben. Frauen konnten je nach Kinderzahl ab 53, Männer ab 55 Jahren in Rente gehen. Jeder Bürger hatte Anspruch auf eine Mindestrente, während Beitragszahler maximal einen Rentenanspruch in Höhe des 1,8-fachen der Mindestrente erwerben konnten.

Mit der Reform wurde das Rentenalter für alle auf 62 Jahre angehoben, die Mindestrente abgeschafft und die Rentenhöhe stärker an die geleisteten Beiträge gekoppelt.

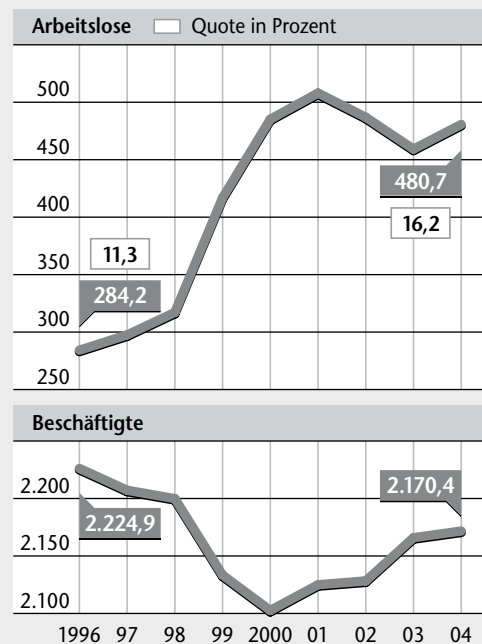
Zusätzlich zur gesetzlichen wurde eine obligatorische, kapitalgedeckte Rente eingeführt. Vom Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeitrag (4 bzw. 14 Prozent des Bruttolohns) gehen jeweils die Hälfte in die umlagen- und kapitalfinanzierte Rente. Zudem zahlt der Arbeitgeber 4,75 Prozent des Bruttolohns in einen Reservefonds.

Arbeitsmarkt. Hier setzte die Regierung Änderungen beim Kranken- und Arbeitslosengeld durch, novellierte das Arbeitsrecht, reformierte die Arbeitsverwaltung und startete eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Nicht ohne Folgen:

Auf einer Skala von 0 bis 6 verringerte sich die Regulierungsdichte des Arbeitsmarkts laut OECD von 2,5

Slowakei: Beschäftigung im Aufwind

in 1.000



Sozialpolitische Schwellenwerte 2006

monatlich in Euro	
Gesetzlicher Mindestlohn	179
Durchschnittsverdienst	brutto 441
	netto 345

Euro: jahresdurchschnittlicher Wechselkurs, 100 slowakische Kronen = 2,59 Euro
Quelle: Slowakisches Ministerium für Arbeit, Soziales und Familie

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Ende der 90er Jahre auf 2,0 in 2003 – in Deutschland dagegen nur von 2,6 auf 2,5.

Sozialhilfe. Die Reform ist weit ehrgeiziger als Hartz IV: Die Möglichkeit, von Sozialhilfe zu leben ohne zu arbeiten, wurde faktisch beseitigt. Der Regelsatz wurde um die Hälfte gekürzt. Erwerbsfähige erhalten den vollen Satz nur, wenn sie Arbeit suchen, an einer Trainingsmaßnahme teilnehmen oder eine gemeinnützige Beschäftigung akzeptieren.

*) Vgl. Waltraut Peter: Die arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Reformen in der Slowakischen Republik, in: IW-Trends 2/2006